

Politikfelder der EU - Informationsgesellschaft

Überall und jederzeit erreichbar sein

Wir leben in einer Informationsgesellschaft. Mobiltelefone, das Internet, schnelle digitale Übertragungssysteme haben die vorher getrennten Welten der Telekommunikation und des Rundfunks miteinander verbunden und so zu einer wahren Informationsrevolution geführt – zuhause, in der Schule und am Arbeitsplatz. Wir können jederzeit überall miteinander kommunizieren.

Die Kommunikationsrevolution wird von der Technologie und den Kräften des Marktes angetrieben. Die Europäische Union steht im Zentrum dieses Prozesses. Sie bestimmt, wie schnell sich Märkte öffnen, sie sorgt für gleiche Voraussetzungen für alle Beteiligten, schützt Verbraucherinteressen und setzt sogar technische Normen fest. Der Wettbewerb hat die Preise sinken und die Qualität steigen lassen.

Das Ergebnis für den Einzelnen und die Wirtschaft sind billigere und bessere Dienstleistungen von höherer Qualität und Zuverlässigkeit. Der Verbraucher kann sowohl unter mehr Anbietern als auch mehr Dienstleistungen auswählen. Die Nachfrage nach Mobilfunksystemen und Internetzugang hat drastisch zugenommen. Heute sind 96 % aller Schulen in der EU ans Internet angeschlossen. Von diesen verfügen 67 % über einen schnellen Breitbandanschluss. Über die Hälfte der Bevölkerung nutzt das Netz regelmäßig.

Die EU von Anfang an dabei

Die EU hat ihre Telekommunikationsmärkte 1998 vollständig liberalisiert. Seitdem hat die durch die Digitalisierung erfolgte Annäherung von Kommunikations- und Rundfunktechnologie die EU gezwungen, die gesetzlichen Grenzen neu zu ziehen, um alle „elektronischen Kommunikationsnetze und -dienste“ abzudecken. Dieser Rechtsrahmen ist seit 2003 gültig und steht jetzt selbst zur Überprüfung an.

Von der Regulierung zum Wettbewerb

Der Rechtsrahmen von 2003 sollte vor allem

- den bürokratischen Aufwand für Firmen reduzieren, die Dienste der Informationsgesellschaft erbringen, nachdem während des Liberalisierungszeitraums eine sorgfältigere Überwachung erforderlich gewesen war,
- sicherstellen, dass alle Kunden das Recht auf grundlegende Dienstleistungen zu erschwinglichen Preisen haben (Telefon, Fax, Internetzugang, kostenlose Notrufe) und dass auch Behinderte Zugang dazu haben,
- den Wettbewerb durch Abbau der marktbeherrschenden Stellung der ehemaligen nationalen Telekom-Monopolisten weiter ankurbeln, die sich diese bei bestimmten Diensten – etwa beim Hochgeschwindigkeits-Internetzugang – erhalten hatten.

Die Anwendung der Vorschriften erfolgt zwar separat durch die Behörden in jedem Mitgliedstaat; diese nationalen Regulierungsbehörden koordinieren ihre Politik aber auf EU-Ebene u. a. in der so genannten Gruppe Europäischer Regulierungsstellen (ERG).

Mit der Ende 2007 eingeleiteten neuerlichen Überprüfung des Rechtsrahmens möchte die Europäische Kommission die Regulierung weiter vereinfachen und sie teilweise einer neu einzurichtenden europäischen Agentur überlassen.

Vermeidung der digitalen Kluft

Die EU bemüht sich zu gewährleisten, dass die Vorteile der Informationsgesellschaft allen Bürgern und Unternehmen zugute kommen. 2006 ergriff die Kommission Maßnahmen zur Reduzierung der ungerechtfertigt hohen Preise, die die Bürger für die Benutzung ihres Mobiltelefons bei Reisen in andere EU-Mitgliedstaaten bezahlen mussten. Diese so genannten Roaming-Entgelte sind 2007 um durchschnittlich mehr als 60 % gesunken und dürften noch weiter fallen.

Eine weitere langfristige Priorität ist die Vermeidung einer „digitalen Kluft“ zwischen den reicheren und den ärmeren (oft abgelegenen) EU-Regionen mit schlechterem Zugang zum Internet oder zu neuen digitalen Diensten, oder zwischen den EU-Mitgliedstaaten.

Die EU hat mehrere Initiativen ergriffen, um allen Haushalten den schnellen Breitbandzugang zu ermöglichen, elektronische Behördendienste für Unternehmen zu erweitern und öffentliche Dienstleistungen im Internet anzubieten. Hochwertige Telekommunikationsdienste untermauern die Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit aller Verarbeitungs- und Dienstleistungsbranchen. Folgende Ziele sind dabei wichtig:

- Unternehmen und Bürger sollen Zugang zu einer preisgünstigen Infrastruktur von Weltklasse sowie einer großen Bandbreite von Dienstleistungen haben.
- Jeder Bürger muss die Fertigkeiten erwerben, die er benötigt, um in der Informationsgesellschaft leben und arbeiten zu können.
- Der Zugang zum lebenslangen Lernen ist als ein Grundstein des europäischen Gesellschaftsmodells anzuerkennen.

Lieber im Netz als in der Schlange

Die derzeit laufende Initiative (i2010) ist auf die nähere Zukunft ausgerichtet. Der Breitbandzugang zum Internet, der eine schnelle, billige und ständige Online-Kommunikation bietet, ist die wichtigste Grundlagentechnologie. Fast 30 % der EU-Haushalte verfügen über einen Breitbandzugang, wenngleich die Zahlen in den Mitgliedstaaten, die der EU seit 2004 beigetreten sind, niedriger liegen.

Getreu dem Motto „Lieber im Netz als in der Schlange“ haben mehr als 90 % aller öffentlichen Dienstleister EU-weit ihre Dienste online gestellt. Ziel dabei ist, einen leichten elektronischen Zugang zu 20 grundlegenden öffentlichen Dienstleistungen zu ermöglichen (etwa zur Einkommenssteuererklärung oder Mehrwertsteuerrückerstattung, zur Zulassung und Ummeldung von Kraftfahrzeugen usw.).

Außer Schulen und Universitäten sollen Bibliotheken, Museen und ähnliche Institutionen an Breitbandnetzwerke angeschlossen sein. Darüber hinaus sollen die EU-Regierungen im Internet Gesundheitsdienste für die Bürger anbieten, etwa Informationen zur Gesundheitsvorsorge, Krankenakten, Fernkonsultationen und die elektronische Kostenrückerstattung für medizinische Behandlungen.